

## Antrag

Hannover, den 14.02.2023

Fraktion der AfD

### **Energieversorgung in Niedersachsen technologieoffen und ideologiefrei sicherstellen**

Der Landtag wolle beschließen:

#### Entschießung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich über eine von der niedersächsischen Landesregierung ausgehenden Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, den Ausbau zusätzlicher Windkraftanlagen und Solaranlagen zunächst zu stoppen,
2. die bestehende Infrastruktur der Erneuerbaren Energien (EE) in Niedersachsen zu modernisieren,
3. sich über eine von der niedersächsischen Landesregierung ausgehenden Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, den Weiterbetrieb von Kernkraftwerken zu gewährleisten,
4. die Gasversorgung für bestehende und im Bau befindliche Gaskraftwerke gemeinsam mit der Bundesregierung sicherzustellen,
5. den Bestand der in Betrieb befindlichen Braun- und Steinkohlekraftwerke zu sichern,
6. einen Ausbau und die Implementierung der erneuerbaren Energien systemkompatibel zu planen und in geeigneter Weise umzusetzen.

#### Begründung

Die Bundesnetzagentur geht in ihrem „Bericht zu Stand und Entwicklung der Versorgungssicherheit im Bereich der Versorgung mit Elektrizität“ vom Januar 2023 davon aus, dass sich der Bruttostromverbrauch bis 2050 in Deutschland im Vergleich zu 2022 mehr als verdoppelt. Maßgeblich dafür werden Power2Gas, Wärmepumpen und Elektromobilität sein (der „klassische“ Nettostrombedarf wird dem Bericht nach leicht zurück gehen)<sup>1</sup>.

Seit 2002 (587 TWh) ist der Bruttostromverbrauch in Deutschland nahezu konstant geblieben (2021: 570 TWh), dennoch ist im gleichen Zeitraum die installierte Leistung von 115,2 GW auf 241 GW gestiegen. Zur Bereitstellung derselben Energiemenge wurde die installierte Leistung also mehr als verdoppelt. Seit August 2022 sind überdies 5 471 MW Steinkohle-KW und 1 886 MW Braunkohle-KW in den Markt zurückgekommen.

Bei Zugrundelegung eines mehr als verdoppelten Strombedarfs ist mit einem starken Material- und Flächenverbrauch sowie mit hohen Kosten zu rechnen. Laut Koalitionsvertrag der niedersächsischen Regierung soll bereits in 2040 der niedersächsische Energiebedarf zu 100 % aus erneuerbaren Energien erzeugt werden!

Das Volumen und die Kosten von Redispatch-Maßnahmen haben sich seit 2013 stark erhöht. Beispielsweise sind die Kosten für diese stabilisierenden Netzeingriffe von 113,3 Millionen Euro in 2013 auf 589,7 Millionen Euro in 2021 gestiegen, das ist ein Anstieg um mehr als das Fünffache. Ein weiterer Ausbau der EE lässt vermuten, dass die Zahl der Eingriffe und der damit verbundenen Konsequenzen ebenfalls zunimmt.

Windkraft benötigt von allen Erzeugungsmethoden die höchste Menge an Rohstoffen (Offshore noch stärker als Onshore), diesbezüglich ist die Stromerzeugung aus Gas die sparsamste Variante (etwa

---

<sup>1</sup> Vgl. <https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Versorgungssicherheit/start.html>

Faktor 10 geringer als Onshore-Wind), gefolgt von Kohle (etwa Faktor 5) und Kernkraft (etwa Faktor 2).

Der Flächenverbrauch für 1 GW installierter Leistung liegt bei Windkraft bei etwa 170 ha, ein Gas-Kombi-Kraftwerk kommt mit 0,15 ha für 1 GW aus (Kernkraft begnügt sich mit 0,087 ha pro GW).

Bei Betrachtung der Volllaststunden, die Onshore-Windkraft statistisch zu leisten in der Lage ist (2020: 1 920 h, 2021: 1 620 h), wird deutlich, dass das Konzept schwerlich aufgehen kann.

In 2021 haben 29 731 WKA rund 122 TWh erzeugt. Würden die für 2050 anvisierten 1 220 TWh nur aus Wind bereitgestellt werden, ist die Zahl der WKA zu verzehnfachen. Da das nur den Strom (inkl. Mobilität, WP und Power2Gas) betrifft, käme für andere Versorgungsbereiche noch einiges hinzu. (2022 betrug der Anteil der elektrischen Energie rund 17,5 % des Primärenergieaufwands.) Hinsichtlich des bereits beschriebenen Aufwands an Material und Fläche ist dies kaum zu verantworten, dazu kommt die Beeinträchtigung der Fauna.

Der Chef der dena hat sich (FAS am 15.01.2023) hinsichtlich notwendiger Abschaltung bei Strommangel bereits in der Form geäußert, dass eine Mindestversorgung garantiert werden solle, bei der das Auto drei Stunden geladen werden könne - was ca. 50 km Reichweite entspräche.

Auch die EU-Kommission hat Investitionen in neue Gas- und Atomkraftwerke unter bestimmten Auflagen als klimafreundlich eingestuft. Ein entsprechender Rechtsakt wurde angenommen. Die zuständige EU-Kommissarin Mairead McGuinness sagte, der Rechtstext der Kommission sei „vielleicht nicht perfekt“, er biete aber „eine echte Lösung“ für das Ziel der EU, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu werden<sup>2</sup>.

Klaus Wichmann  
Parlamentarischer Geschäftsführer

---

<sup>2</sup> Vgl. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/taxonomie-atomkraft-eu-kommission-101.html>

(Verteilt am 15.02.2023)